

nicht länger dem Diktat der Finanzmärkte unterwerfen dürfe. Was aber macht eine Zivilgesellschaft aus? Sehen sich nicht auch die ProtagonistInnen der Unternehmen, Banken und Fondsgesellschaften, also diejenigen, die spekulieren und transferieren, als Bestandteile der »Zivilgesellschaft«?

Nicht zuletzt ist auch die Wirksamkeit einer Tobin-Tax umstritten. Von den gigantischen globalen Finanzströmen ein »Steuerchen« abzuwickeln, ist vielleicht eine sympathische Idee. Die weltweiten Finanz- und Handelsbeziehungen, die den südlichen Teil des Globus marginalisieren, ausbeuten und um eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten bringen, werden durch eine Mini-Steuer auf Spekulationen aber nicht gerechter, sondern berechenbarer und damit stabiler. Selbst wenn man neben der Einführung der »Tobin-Tax« noch weitere Maßnahmen wie die Abschaffung hochspekulativer Fonds oder Schließung von Steueroasen durchsetzen würde – dem globalen Finanzwesen würde dies keinen wirklichen Schaden zufügen.

Genau an diesem Punkt zeichnet sich eine mögliche Spaltung der »Tobin-Tax«-Bewegung ab: Die Resolution des Europaparlaments zu den internationalen Kapitalbewegungen ist nicht nur an konservativen Abgeordneten und einigen SozialdemokratInnen und Liberalen gescheitert, die gegen alles sind, was die Macht der Börsen irgendwie einschränken könnte, sondern auch an vier Abgeordneten der radikalen französischen Linken. Ihnen mißfiel in dem zur Abstimmung stehenden Text besonders das Bestreben, »auf längere Sicht eine größere Stabilität des globalen Währungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialsystems (...) zu gewährleisten«.

Der trotzkistische Abgeordnete Alain Krivine versteht sich als Kämpfer gegen die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems. So sah er sich nicht in der Lage, eine Resolution zu unterstützen, in der ein reibungsloseres Funktionieren des Finanzsystems gefordert wird.

Durch diesen Konflikt wurde deutlich, mit welcher Frage sich die Kampagne für eine »Tobin-Tax« künftig auseinandersetzen muß: Will man wirklich Sand ins Getriebe der Finanzwelt streuen und sich mit der globalen Finanz-, Handels- und Investitionsordnung anlegen, um ein gerechteres System zu erzwingen? Oder beschränkt man sich darauf, von den Billionen täglich umgesetzten Spekulationskapitals ein Promille abzuschöpfen, um jedoch insgesamt die globale Finanzordnung zu stabilisieren? ◦



Grenzen zu!

Der deutsche Innenminister Otto Schily will humanitäre Maßnahmen von BeamtInnen des BGS stärker verfolgen. Zwei GrenzschrützerInnen hatten laut einem Bericht des »SPIEGEL« (31.01.00) 200 DM für den ungehinderten Einlaß von Flüchtlingen angenommen – und damit das gleiche gemacht, wofür an der Grenze BRD-DDR einst als Helden gefeiert wurden.

Für die Zukunft will Schily die Flüchtlingsabwehr nach Osten verlegen. Ungarns Abschottungspolitik lobt er mit den Worten: »Ich habe den Eindruck gewonnen, daß sich Ungarn den Erfordernissen einer EU-Mitgliedschaft bewußt ist und sehr konsequent an die Probleme herangeht«. Damit Europa auch nach einer Osterweiterung eine Festung bleibt, gibt Deutschland bis 2002 zur Sicherung der Grenze an Ungarn technische Ausstattungs- und Ausbildungshilfen im Wert von zwei Millionen DM. Der Grenznachbar Polen hat seit 1992 für den gleichen Zweck 13,9 Millionen DM erhalten. Die Rhetorik von »Ausländerflut« und

»Das Boot ist voll« setzt Schily mit der Warnung an Polen fort, daß es nach dem EU-Beitritt eine »stark immigrationsbelastete Außengrenze« sichern müsse. Nach Zählungen der deutschen Bundesregierung sind zwischen 1997 und Oktober 1999 an den deutschen Außengrenzen 42 Personen bei Einreiseversuchen gestorben. An anderen EU-Außengrenzen (vor allem im Meer vor Spanien und Italien) umgekommene Menschen, sowie jene, deren Leichen in der Oder/Neiße unaufindbar untergegangen sind, tauchen natürlich auch in den Statistiken nicht wieder auf. Otto Schily ist Innenminister der rot-grünen Bundesregierung von Deutschland.

Unter <http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm> kann man Drucksachen des Deutschen Bundestages abrufen. Bei Eingabe der 14/1850 gibt es als Antwort auf eine Anfrage von Ulla Jelpke detaillierte Angaben zu den staatlich erfaßten Toten an deutschen Grenzen. ◦

WTO-Geheimverhandlungen

Geduld ist eine Tugend über die Pascal Lamy, der Außenhandelskommissar der EU, offenbar nicht verfügt. Während viele Staaten und ihre Handelsdiplomaten noch nach Erklärungen suchen, warum die WTO-Ministerkonferenz vom November 1999 scheiterte, wirbt Lamy bereits eifrig für eine neue Verhandlungsrunde – so als sei nichts geschehen. Die von der Europäischen Union anvisierten Ziele, vorrangig die Marktliberalisierung, sind die gleichen geblieben. Um nun auch die »Partnerländer«, die seit Seattle WTO-skeptisch sind, von der Notwendigkeit eines zweiten Anlaufs zu einer »Millenniumsrunde« zu überzeugen, betreibt Kommissar Lamy zur Zeit eine intensive Reisediplomatie. Im Namen der EU verspricht er, informelle WTO-Treffen künftig auch den VertreterInnen des Südens zu öffnen und den Entwicklungsländern verstärkt technische Hilfe und Schulungen zukommen zu lassen. Diese sollen es ihnen ermöglichen, WTO-Verhandlungsprozesse besser nachvollziehen und mitentscheiden zu können. Mit sol-

chen Zuckerln sollen auch die HandelsministerInnen von Ländern, die sich in letzter Zeit globalisierungsskeptisch geäußert haben, wieder an den Verhandlungstisch gelockt werden.

Auch WTO-Generalsekretär Mike Moore bemüht sich gegenwärtig um eine »Vertrauensbildung« zwischen den Staaten des Nordens und des Südens. Er meint, daß die meisten Entwicklungsländer nicht grundsätzlich gegen eine weitere Stärkung des Freihandels seien, sondern schlichtweg die von den Industrieländern eingebrachten Themen nicht richtig verstehen würden. Doch trotz all seiner »vertrauensbildenden Maßnahmen« geht Moore – anders als Kommissar Lamy – nicht davon aus, daß noch in diesem Jahr eine neue Welthandelsrunde zustande kommen könnte.

Im stillen Genf, dem Hauptsitz der WTO, sind unterdessen Verhandlungen im kleineren Kreis und ohne Öffentlichkeit über handelspolitische Aspekte von Landwirtschaft und Dienstleistungen angelaufen. Die WTO ist allenfalls scheintot. ◦

Auf einen Blick:

Ilka Schröder MdEP
www.ilka.org
schroeder@ilka.org

Postfach 080417
10004 Berlin
Deutschland
Fon +49.30.2096 1340
Fax +49.30.2096 1356
berlin@ilka.org

Tilman Heller
heller@ilka.org

Rue Wiertz ASP 8 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.284.74 49
Fax +32.2.284.94 49
bruxelles@ilka.org

Andreas Gebhard
gebhard@ilka.org

Fischer will Europa aufrüsten

»Morgen endet die Ära der Zivilmacht EU« titelte die »FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND« (29.02.00). Obwohl in den meisten EU-Staaten SozialdemokratInnen regieren, und trotz des Wegfalls der Blockkonfrontation, wird eine neue Aufrüstung in Europa in Gang gesetzt. Nachdem der deutsche Außenminister Joseph Fischer mit den NATO-Bomben auf Serblinnen ganz zufrieden war (Frage des US-Magazins »NEWSWEEK« 19. April 1999: »How do you think the war is going?« Antwort Fischer »I think NATO is doing a good job.«) fordert er inzwischen sogar eine Aufrüstung Europas. Im »Spiegel« vom 6. März 2000 antwortete er auf die

Frage nach dem Aufbau einer eigenen EU-Armee gegen den Willen der USA: »Nicht Amerika ist zu stark, sondern Europa ist zu schwach.« Damit verschafft er den Forderungen des deutschen Verteidigungsministers Rudolf Scharping nach einem höheren Wehretatkräftigen Rückenwind. Joseph Fischer ist grüner Außenminister der rot-grünen Bundesregierung von Deutschland.

Liebe EmpfängerInnen mit EINMALIG auf dem Adressetikett: Sie können die Denkpause bei Gefallen kostenlos abonnieren. Da wir Ihre Adresse in keiner Form zur Verfügung haben, nennen Sie diese bitte bei einer Bestellung vollständig.

Termine

- ☉ 31.03 – 02.04.2000, Mülheim / Anti-Atom-Frühjahrskonferenz
www.akw-nee.de
- ☉ 01.05.2000, überall / Dezentraler Global Action Day gegen Neoliberalismus und Expo 2000
- ☉ 05. – 07.05.2000 / Seminar: Der nächste Krieg ist immer der schönste. Wen greift Deutschland im Mai 2000 gerade an?
www.junge-linke.de
- ☉ 27.05. – 04.06.2000 / »Hannover begrüßt die EXPO« – Aktionswoche
- ☉ Interessante Termine von überregionaler Bedeutung nehmen wir gerne in die Terminübersicht auf und bitten um Mitteilung an: berlin@ilka.org.
Aktuelle Terminliste unter: www.ilka.org/termine.html

Führungstreue gefordert

Bei den deutschen Grünen ist es inzwischen üblich, den Delegierten bereits vor der Anreise zum Parteitag Wünsche bezüglich ihres Stimmverhaltens mitzuteilen. Auch ich wandte mich in einem Brief (www.ilka.org/presse/pms3.html) an die Delegierten.

Während die Nachrichtenagenturen ohne Rückfrage erkannten, daß es sich um eine satirische Überspitzung des Briefes des rechten Flügels an die Delegierten handelte, kamen von den EmpfängerInnen heftige, ernstgemeinte Reaktionen: »Liebe Ilka, NEIN so nicht!!! Dein Brief erwähnt 19x zu viel das Wort Führung! (...) Zum Abnicken von Führungsentscheidungen neige ich nicht (...) Der Brief macht künftige BDK's oder LDK's überflüssig, es reicht demnach, in gewissen Zeitabständen die Führung zu wählen!... Nein, Ilka so nicht!!!!« faxt der Vorstand des Kreisverbandes Vechta der Grünen. Der Sprecher des Kreisverbandes Schaumburg schickt eine kurze eMail, in der er sich vor allem mit der Länge (drei Seiten) des Briefes auseinandersetzt: »Warum muß ich diese ellenlange Scheiße lesen und wie (vor allem) soll ich sie an Mitglieder weiterleiten, ohne aus der Haut zu fahren und ohne sie gleich vorzubewerten? Zu lang, zu doof, zu schrecklich...«.

Häufig bekomme ich – auch auf andere Äußerungen – das Feedback, daß ich mich nicht mehr so basisnah und radikal äußern dürfe, weil ich Abgeordnete sei. Diesmal schreibt Karl-Friedrich Kassel: »Als säße sie noch immer an ihrem alternativen Stammtisch und würde über die da oben und die da unten rasonieren, als ob sie nicht selbst zu denen da oben gehörte. Das ist eine völlig überzeugende Mimikrie.«

Bahn: EXPO-Zwang für KundInnen

Zur Eröffnung der EXPO 2000 am 1. Juni 2000 werden heftige antikapitalistische Proteste erwartet. Das Interesse an den Karten ist dagegen nach wie vor gering. Die Weltpartner der EXPO sind verpflichtet, große Mengen von Tickets abzunehmen. Weltpartner Deutsche Bahn AG treibt KundInnen jetzt nach vergeblichen Werbekampagnen mit einer härteren Gangart zum Kauf einer solchen Karte. Das »Schöne-Wochenende-Ticket« der Bahn gilt während der Weltausstellung nicht. JedeR, die/der ohne eine EXPO-Eintrittskarte nach Hannover kommen will, muß für eine Bahnfahrt von Berlin aus sogar mehr als den Normalpreis bezahlen. Der TAGESSPIEGEL (18.3.2000) berichtet, daß für eine Fahrt nach Hannover auf den Normalpreis ein Zuschlag von 12 DM erhoben werden soll. Wer dagegen bei der Bahn eine EXPO-Karte kauft, fährt billiger. Bahnsprecher Martin Katz sagte, die Bahn wolle die Zuschläge als »Steuerungsinstrument« einsetzen. Diese Art der Steuerung geht nahtlos in die EXPO-Ideologie über, nach der jedes Problem der Welt durch bessere Technik und eine horizontale und vertikale Ausdehnung des Kapitalismus gelöst wer-

den kann. Ob Menschen damit in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, ist den EXPO-Sponsoren egal. Für militante EXPO-GegnerInnen hat die Tarifpolitik der Bahn allerdings einen Vorteil: Wenn Hakenkrallen die Züge nach Hannover stoppen, ist die Wahrscheinlichkeit größer, daß echte EXPO-Fans aufgehalten werden. Andere können sich die Bahnfahrt nicht mehr leisten. Ob überhaupt noch Züge losfahren, steht aber in Frage. Die Eisenbahngewerkschaft hat bereits mit Streiks während der EXPO gedroht, da die MitarbeiterInnen Gehaltskürzungen bekommen sollen. Kurios: Auch die Gewerkschaften geben Millionen für ihre EXPO-Darstellung aus und betreiben gleichzeitig Stellenkürzungen. Auch bei Weltpartner Post AG werden parallel zur EXPO Rationalisierungen vorgenommen. Man diskutiert eine Portonerhöhung ab Sommer 2000. Der Boykott gegen kleinere EXPO-Partner scheint langsam zu wirken. So sind Institutionen, die sich an der EXPO beteiligen, für linke Gruppen verpönte Kooperationspartner. In Berliner Bioläden werden immer öfter Waren verlangt, die nicht vom EXPO-Projekt »MARKISCHES LANDBROT« gebacken wurden.

Das zitierte Fischer-Interview ist eine interessante Lektüre, u.a. wg. eines Hitler-Milosevic-Vergleichs
http://newsweek.com/nw-srv/issue/16_99a/printed/int/us/in0716_1.htm

Ulrich Cremer: Militärische Emanzipationsversuche der EU.
www.basisgruen.de/bund/aussen/00-01-31-cremer.htm

Anti-EXPO-Links
www.anti-expo-ag.de
www.anti-expo.de

Denkpause

• Datenstaubsauger »Echelon« S. 2 • Gespaltene BörsengegnerInnen? S. 4 • Grenzen zu! S. 5 • WTO-Geheimverhandlungen S. 5 • Fischer will Europa aufrüsten! S. 6 • EXPO-Zwang bei der DB • Termine S. 6

03.00
27.03.00
Nr. 5

Auch Ihre e-Mails sind betroffen

Datenstaubsauger »Echelon«



Die Überwachung der Privatsphäre ist nicht nur eine neue Fernsehsendung, sondern auch eine alte Realität in Europa. Seit langem betreiben die Regierungen der USA und Großbritanniens mit »Echelon« einen riesigen Datenstaubsauger, der e-Mails nach bestimmten Inhalten durchsucht.

[>>> Seiten 2+3]

Lieber LeserIn,



die Lieblingsbeschäftigungen von Politik und Medien waren in den letzten Wochen Personaldiskussionen.

Frau Merkel soll nun die CDU führen, Köhler den IwF und bei den Grünen wird noch ein paar Monate länger diskutiert.

Nach den Personalentscheidungen können wir nun zur Sachpolitik zurückkehren und uns fragen, wozu die Organisationen eigentlich gut sind. Gerade in Bezug auf den IwF sollte man diese Frage stellen, noch bevor der neue Chef seine Visitenkarten gedruckt hat. Der Krieg in Jugoslawien war nicht der erste, der durch die Strukturanpassungsprogramme dieser Organisation mitverursacht wurde.

Für die Strukturanpassung an die schöne bunte Wirtschaftswelt braucht man eigentlich keinen IwF. Zumindest Deutschland schafft es auch so: Die rot-grüne Steuerbefreiung der Veräußerungsgewinne erleichtert den Banken ein Abstoßen ihrer Industriebeteiligungen. Sowohl Neoliberalismus als auch Steuerstreichungen tun der Industrie gut. »Geht's der Wirtschaft gut, freut sich der Arbeitsmarkt«, so die

[Fortsetzung >>> Seite 2]

Tobin-Steuer auf internationale Finanzspekulation

Gespaltene BörsengegnerInnen?

Die französische Initiative »Attac« fordert seit 1998 eine Steuer auf internationale spekulative Kapitalbewegungen (»Tobin-Tax«). Auch in der Bundesrepublik hat sich nun ein Netzwerk gegründet, das sich für diese Steuer einsetzt. Ein Antrag im Europäischen Parlament zur Prüfung der »Tobin-Tax« schlug derweil fehl. [>>> Seiten 4+5]

WTO-Geheimverhandlungen

[>>> Seite 5]

Grenzen zu!

[>>> Seite 5]

Was können Sie gegen e-Mail-Überwachung tun?

Benutzen Sie PGP! Auch wenn gute Geheimdienste mit großem Aufwand Ihre eMails entschlüsseln können, ist PGP immer noch sicherer als jede andere Art der Kommunikation. Auch wenn Sie glauben, jedermann solle ihre Kommunikation verfolgen dürfen, seien sie solidarisch mit jenen, die es nötig haben. Wenige verschlüsselte Mails können die Geheimdienste eher entschlüsseln als viele. Informieren Sie sich über andere Abhörmethoden, z.B. in: *Der kleine Abhöratgeber. Computernetze, Telefone, Kameras, Richtmikrofone. 20 DM, ISBN 3-89408-056-6*

PGP-Quellen

Download des Programms:
www.pgpi.org oder
www.heise.de/ct/pgpCA/download.shtml

Deutschsprachige Anleitung:

www.helmbold.de/pgp/
oder
www.foebud.org/pgp/html/pgp.html

(Das Büro Ilka Schröder kann wegen hoher Arbeitsbelastung KEINEN Support geben. Bitte beachten Sie diese Anleitungen und schildern Sie Ihre darüber hinaus auftretenden Probleme in einer Newsgroup des Usenet.)

Die PGP-Public-Keys aus dem Büro Ilka Schröder:
www.ilka.org/keys/pgp.html

Fortsetzung von Seite 1

Vulgärökonomien der Neuen Mitte. Gegen den Trend hat nun leider die Fusion von Dresdner und Deutscher Bank zigtausend Arbeitsplätze vernichtet. Aber halb so schlimm: Wer steht schon gerne in einem piekfeinen Anzug hinter einem Banktresen? Gut für die eigentlich liberalisierte, dann aber doch auf Monopole zulaufende Wirtschaft ist auch noch, daß ein bald noch stärker verflechteter Banken- und Versicherungskonzern die Politik noch besser erpressen kann, als das heute schon möglich ist. Die CDU muß die Folgen bereits jetzt spüren: Die Großbanken wollen ihr keine weiteren Kredite mehr geben. Für den »Global Player« Deutschedresdner Bank oder die wohl als nächstes fusionierende Commerzbank ist eine deutsche Oppositionspartei uninteressant.

Die Konzerne übernehmen die Macht im Staat. Ob dieses durch eine Steuer auf (»böse«) kurzfristige internationale Spekulationen geändert werden kann, ist fraglich. Was die profitierenden (»guten«) Regierungen mit der neuen Finanzquelle machen würden, ebenfalls. Die Bundesregierung könnte dem »Mehringhof« in Berlin, einem alternativen Projekt, das vor einigen Monaten von der (»guten«) Staatsgewalt durchsucht wurde, mit den Einnahmen locker den sechsstelligen Sachschaden der Polizeigewalt ersetzen. Vielleicht aber würde Europa auch einige tausend neue Grenzsicherungsposten einrichten, vielleicht könnte Deutschland für Geheimdienst, Verfassungsschutz, Wirtschaftsförderung und StrafverfolgerInnen ein eigenes »Echelon«-Überwachungssystem bauen? Neben der Tobin-Steuer ist die Überwachung von e-Mails das zweite Schwepunktthema dieser Ausgabe. Der alte Spruch »Schreibe in eine e-Mail nichts, was Du nicht auch auf eine Postkarte schreiben würdest!« ist noch verharmlosend, da keine Geheimbehörde täglich zwei Milliarden Postkarten auf ihren Inhalt hin untersuchen könnte.

In der Denkpause stelle ich immer wieder die Erfolge der europäischen Integration heraus. In dieser Ausgabe sind einige Tendenzen der sozialökologisch und reformorientierten Grenzsicherungs- und Militärpolitik auf dem Prüfstand.

Ihre Ilka Schröder



Auch Ihre e-Mails sind betroffen

Datenstaubsauger »Echelon«

Die Überwachung der Privatsphäre ist nicht nur eine neue Fernsehsendung, sondern auch eine alte Realität in Europa. Seit langem betreiben die Regierungen der USA und Großbritanniens mit »Echelon« einen riesigen Datenstaubsauger, der e-Mails nach bestimmten Inhalten durchsucht.

Die zunehmende Nutzung der elektronischen Post erleichtert den SchnüfflerInnen die Arbeit. Gegenüber Faxen und Telefongesprächen ist es viel einfacher, eMails auf die in den »Echelon«-Wörterbüchern enthaltenen Zusammenhänge zu prüfen. Eine neue Qualität flächendeckender Überwachungsmöglichkeiten ergibt sich daraus, daß »Echelon« jeden Tag vermutlich zwei Milliarden eMails filtern kann. »Echelon« muß sich nicht auf verdächtige Personen konzentrieren, sondern kann einfach alle unverschlüsselten Mails durchsuchen. Egal von wem an wen sie gehen.

Der englische Journalist Duncan Campbell hatte vor einiger Zeit vom wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments den Auftrag erhalten, einen Bericht über die technischen Möglichkeiten und den Gebrauch von Überwachungstechnologien zu verfassen. Bereits seit Mitte 1999 lag der Bericht dem Parlament vor. Als Reaktion auf eine Anhörung des Innen- und des Rechtsausschusses wird sich Ende März das gesamte Parlament mit die-

sen Praktiken beschäftigen. Die grüne Fraktion hat erste Schritte eingeleitet, um einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung über »Echelon« und die Machenschaften seiner Betreiberregierungen einzurichten.

Viele Indizien sprechen laut Duncan Campbell dafür, daß die »Echelon«-Betreiberstaaten erlangte Informationen routinemäßig an die bei ihnen ansässigen Unternehmen weitergeben, damit diese Wettbewerbsvorteile erlangen. Schon früher war spekuliert worden, daß der ICE trotz üppig geflossener Bestechungsgelder heute deswegen nicht durch Südkorea fährt, weil Mitbewerberstaaten besser spioniert und den Siemens-Angebotspreis unterboten hatten. Dabei muß festgehalten werden, daß es offensichtlich auch in Deutschland eine enge Zusammenarbeit zwischen Geheimdienst und Industrie gibt. In seinem Buch »Wirtschaften ohne Korruption?« schreibt Werner Rügemer: »Beim Wettbewerb um den Auftrag für den Hochgeschwindigkeitszug zwischen Seoul und Pusan haben GEC Alstom und

die Siemens AG im Jahre 1992 verdeckte Zahlungen an Präsident Roh bzw. seinen Nachfolger Kim in Höhe von 60 bzw. 50 Millionen Dollar geleistet. Für GEC Alstom war eine koreanische Vermittlerin mit Sitz in Paris tätig, während die Gelder von Siemens über eine Tarnfirma des Bundesnachrichtendienstes (BND) auf deutscher Seite und den Daewoo-Konzern auf koreanischer Seite gelaufen sein sollen.« (Frankfurt 1996, S. 154)

Nach Presseberichten über meine Aktivitäten gegen »Echelon« meldeten sich vor allem Beauftragte von deutschen Wirtschaftskonzernen in meinen Büros – erst am zweithäufigsten Privatpersonen und als Schlußlicht wenige politisch Aktive. Während die Wirtschaft jetzt vorsorgt, gehen PrivatverbraucherInnen und PolitikerInnen immer noch zögerlich mit Verschlüsselungstechnologien um. Wie einfach man in das Visier der Spione gerät, zeigt ein Bericht der

dieser Bezeichnung nicht mehr durchsetzbar ist, bekommt einfach einen anderen Namen (»Gegen Kinderpornos im Internet«, »Rechtshilfeabkommen«,...).

Der von den Innen- und JustizministerInnen geplante »Rechtsakt über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union« ist generell abzulehnen. Besonders problematisch ist der Artikel 18. Hier soll jedem EU-Mitgliedsstaat erlaubt werden, Personen zu überwachen, die sich in einem anderen Mitgliedsstaat befinden. Das Parlament – das in dieser Sache nur angehört wird, nicht aber entscheiden darf – hat bereits vorgeschlagen, den Artikel 18 zu streichen.

Die Innen- und JustizministerInnen können über diese parlamentarische Meinungsäußerung hinwegsehen, sie stehen aber vor einem anderen Problem: Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten gibt es in Großbritannien keine

Rechtshilfeabkommen würde nun bedeuten, daß auch geheimdienstliche Informationen Großbritanniens an andere Mitgliedsstaaten weitergegeben werden müßten. Ein Kompromiß ist allerdings in Sicht: Im Abkommen sollen »präventive« Abhörmaßnahmen grundsätzlich als Geheimdienst-Angelegenheiten begriffen werden, »repressive« dagegen als Sache der Strafverfolgungsbehörden.

Das EU-Rechtshilfeabkommen legalisiert damit die Tätigkeiten, die »Echelon« schon lange ausübt. Wer sich über »Echelon« aufregt, darf zum Rechtshilfeabkommen nicht schweigen. Gleichzeitig sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß ohne Rechtshilfeabkommen nicht gelauscht würde. Geheimdienste machen alles. Ihr Motto lautet: »Legal, illegal, scheinbegal – Fakten, Fakten, Fakten und an die Wirtschaft denken«. Geheimdienste würden nicht so heißen, wenn sie demokratisch kontrollierbar wären. Der »Verfassungsschutz« schützt nicht vor Neoliberalen, die formell demokratische Mechanismen aushebeln wollen, sondern überwacht diejenigen, die sich gegen solche Tendenzen wie das MAI wenden. ◦

Berichte im Auftrag des wissenschaftlichen Dienstes über Echelon:

www.europarl.eu.int/dg4/stoa/en/publi/default.htm
oder
www.ilka.org/themen/infotech2.html

Aktuellen Informationen zu Echelon oder EU-Abhörplänen im

Onlinemagazin

»Telepolis«:

Echelon:

www.heise.de/tp/deutsch/special/ech/default.html

EU: www.heise.de/tp/deutsch/special/enfo/default.html

[Privacy]

Ilka Schröder fordert:

- **Auflösung aller Geheimdienste und des »Verfassungsschutzes«**
- **Schaffung eines Zugangs zu deren Informationen wie zu den Stasi-Akten**
- **Polizeiliche Lauschangriffe verbieten, statt sie europaweit zu organisieren**

»SUNDAY TIMES« (27.02.00) über das Abhören von Telefongesprächen der inzwischen verstorbenen Prinzessin Diana. Die Prinzessin war weder in einer terroristischen, noch in einer staatsfeindlichen Organisation engagiert, sondern ist im Zuge der Überwachung humanitärer Hilfsorganisationen belauscht worden.

Angesichts dieses Maßstabes kann sich jeder Mensch, der irgendwie politisch aktiv ist, ausrechnen, daß er auf den Radarschirmen der Geheimdienste erscheint.

In der Diskussion um »Echelon« werden bisher kaum Parallelen zu den Überwachungsplänen der EU gezogen. Wenige Tage, bevor das Europaparlament über Konsequenzen aus dem »Echelon«-Skandal beraten will, werden sich die Innen- und JustizministerInnen der EU treffen, um eine grenzüberschreitende Überwachung zu legalisieren. Das Onlinemagazin »Telepolis« veröffentlichte im Jahr 1998 geheime Dokumente aus einer Polizeiarbeitsgruppe mit dem Namen »Enfo-pol«. Was aufgrund von Protesten unter

klare formelle Trennung zwischen Geheimdienst und Strafverfolgungsbehörden. Auch die Geheimdienste dürfen dort strafrechtliche Ermittlungen anstellen.

Das



Tobin-Steuer auf internationale Finanzspekulation

Gespaltene Börsen-gegnerInnen?

Die französische Initiative »Attac« fordert seit 1998 eine Steuer auf internationale spekulative Kapitalbewegungen (»Tobin-Tax«). Auch in der Bundesrepublik hat sich nun ein Netzwerk gegründet, das sich für diese Steuer einsetzt. Ein Antrag im Europäischen Parlament zur Prüfung der »Tobin-Tax« schlug derweil fehl.

223 zu 229: Am 20. Januar 2000 lehnte eine knappe Mehrheit des Europaparlaments einen zaghaften Auftrag an die EU-Kommission ab, die Besteuerung von internationalen Finanzspekulation zu prüfen. Zuvor hatten sich mehrere Fraktionen auf einen Antrag geeinigt, der die EU-Kommission dazu auffordern sollte, einen »Bericht über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit einer Steuer auf internationale spekulative Kapitalbewegungen« zu erstellen. Die sogenannte »Tobin-Tax« (siehe Kasten) ist jetzt in den EU-Institutionen bis auf weiteres kein Thema mehr.

Zwei Tage nach dieser Abstimmungsniederlage gründeten mehrere deutsche Nichtregierungsorganisationen in Frankfurt am Main ein »Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte«. Peter Wahl, einer der KoordinatorInnen, meinte anlässlich der Gründung des Netzwerkes der FinanzmärktekritikerInnen: »Die Finanzmärkte diktieren den Regierungen zunehmend die Grundlagen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik«. Selbst große Industrieländer würden heute von den Börsen erpreßt. »Banker, Spekulanten und Manager dubioser Fonds« hätten die Macht, über die Lebensverhältnisse von Millionen von Menschen zu entscheiden.

Ganz neu ist dieses Thema nicht. Schon seit Jahren prangert das französische Monatsblatt »Le Monde diplomatique« die wachsende interna-

tionale Finanzspekulation an. Die täglichen Devisenumsätze auf den Kapitalmärkten der Welt sind zwischen 1980 und heute von 80 Milliarden auf 1,5 Billionen US-Dollar täglich angestiegen. Nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsbilanzausgleich werden über 80 Prozent dieser Transaktionen werden für sieben Tage oder kürzer getätigt.

Die internationalen spekulativen Kapitalbewegungen mit kurzfristigem Charakter haben sich zwar nicht Hauptschuldige an internationalen Finanzkrisen, dennoch sind sie oft Auslöser.

Gleichzeitig ist die Macht der Börsen (also auch des längerfristig angelegten Kapitals) immer größer geworden. Sie hebeln politische Entscheidungen aus und können ganze Staaten in den Ruin stürzen – wie etwa bei der »Asienkrise« im Jahr 1998.

»LE MONDE DIPLOMATIQUE« wirbt daher für eine Steuer auf spekulative Börsentransaktionen, die sogenannte Tobin-Steuer. Wenn jede Transaktion mit einem Mini-Steuersatz zwischen 0,1 und 0,5 Prozent belastet würde, dann wären schnelle und rein spekulative Umsätze nicht länger rentabel. Auf diese Weise könne man »Sand ins Räderwerk der Spekulation« streuen, manche künftige Finanzkrisen vermeiden und – nebenbei – Geld einnehmen, um es an soziale Projekte weiterzuleiten. Aus der Initiative von »LE MONDE DIPLOMATIQUE« ist im Juni 1998 in Frankreich die »Ver-

einigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zur Hilfe für die Bürger« (»Attac« – »Association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens«) hervorgegangen. Aus dem ursprünglich kleinen Verein von Intellektuellen wurde in kurzer Zeit eine ansehnliche Bewegung, die nicht mehr nur in Frankreich vertreten ist, sondern auch in dreißig anderen Ländern wie Kanada, Brasilien, Belgien und der Schweiz. Weitere UnterstützerInnen für Tobin-Steuer sind unter anderem das kanadische Parlament, die französische und die finnische Regierung, Ex-Weltbankchefs und der Multimillionär George Soros.

Das deutsche Netzwerk, das sich jetzt in Frankfurt gegründet hat, knüpft mit seinen Forderungen direkt an »Attac« an: »Die Politik muß wieder die Souveränität über die Finanzmärkte gewinnen«. So lautet das Ziel – was jedoch noch viele Fragen offen läßt.

Die Argumentation vieler »Tobin-Tax«-BefürworterInnen läuft nämlich darauf hinaus, statt den Börsen wieder dem Staat mehr Gestaltungsspielräume und damit mehr Macht verleihen zu wollen.

Jenem Staat also, der sich selbst schwächt, indem er die Wirtschaft dereguliert und aus ihrer sozialen Verantwortung entläßt. Und gleichzeitig rüstet er im Innern und an den Außengrenzen auf, überwacht seine BürgerInnen und unterwirft sie zunehmend einem Arbeitszwang. »Attac« spricht seinerseits weniger vom Staat als vielmehr von der »Zivil-« oder »Bürgergesellschaft«, die sich

[Fortsetzung >>> Seite 5]



[Info]

Was ist die Tobin-Steuer?

Auch als Devisenumsatzsteuer bezeichnet soll sie all jene internationalen Geldströme besteuern, die spekulativen Charakter haben. Man versucht bei diesen sehr kurzfristigen Spekulationen von Wechselkurschwankungen zu profitieren. Überweist man nur Geld, findet keine Taxierung statt. Legt man es hingegen in ausländischen Währungen an und hofft auf Gewinne aus Wechselkursschwankungen, dann werden – je nach Konzeption der bis heute nur theoretischen Steuer – zwischen 0,1 und 0,5 Prozent fällig. Ihren Namen verdankt die Steuer dem Wirtschaftswissenschaftler James Tobin, der 1972 den Vorschlag das erste Mal einbrachte. Diskutiert wird, wer das Geld einzieht, verwaltet und es verteilt. Trotz Unterstützung einzelner Parlamente und Regierungen sowie vieler Initiativen ist die Tobin-Steuer von einer Realisierung weit entfernt.